

Der Kanzler in Bremen

Eine Rede in der Bremer Handelskammer

Berlin, 30. Juni. (Eig. Tel.) Reichskanzler Cuno traf am Freitag, von Elberfeld kommend, kurz nach 1 Uhr mittags in Bremen ein. In seiner Begleitung befanden sich der Reichsminister für den Wiederaufbau Albert, der Staatssekretär Hamm und Freiherr von Debra. Am Nachmittag fand eine Sitzung der Bremer Handelskammer statt, an der der Reichskanzler teilnahm. Auf eine Begrüßungsansprache des Vizepräsidenten Geheimrat Hodewald, in der er dem Kanzler das Vertrauen aussprach, daß er das schwer in der Brandung arbeitende Reichsgeschäft sicher, wenn auch mit schweren Opfern in den nächsten Tagen zu bringen vermöge, antwortete Dr. Cuno in einer längeren Ansprache.

Der Kanzler gab seiner Freude Ausdruck, in Bremen denselben Geist der Treue zu finden und zum Reich anzutreffen, wie in Elberfeld und in anderen Orten der Westmark. Es sei zu erwarten, daß diese Front fest bleibe und auch noch Schwereeres zu ertragen wissen werde, solange es nötig sei. Cuno hob hervor, daß er und seine Mitarbeiter mit dem Gedanken an die Regierungsverantwortung betreten, vor allem die Bedürfnisse der Wirtschaft zu berücksichtigen. So sei es auch sein erstes Ziel gewesen, auch in der Reparationsfrage zum reellen Nutzen beider Teile rein praktisch und wirtschaftlich vorzugehen. Die in diesem Sinne für London und Paris gemachten Angebote hätten jedoch nicht zum Ziele geführt. So tief er davon überzeugt sei, daß auf die Dauer Deutschland nur bei weltlicher Beachtung der Lebensbedürfnisse und der inneren Befehle der Wirtschaft gedeihen kann, ebenso entschieden müsse aber jetzt das weltliche Erfordernis bis zum guten Ausgange des Abwehrkampfes aufrechterhalten und alles andere hinzugelegt werden. Er vertritt die Ansicht, daß Maßnahmen, wie die Devisenverordnung, in den Kreisen der Wirtschaft hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Nützlichkeit angezweifelt werden, er vertritt das Drängen nach raschem Abbau der Ausfuhrkontrollen und ähnliche Maßnahmen. Jetzt aber komme es darauf an, die Zurechtweisung des Volkswirtschafts aufrechtzuerhalten und den Willen des Staates zu erweisen, sich unter allen Umständen und gegen alle Gefahren, sei es auch gegen die Wirtschaft, zu behaupten und den breiten Massen das Leben zu ermöglichen. Darum müsse die Wirtschaft für diese Zeit der Not auch solche Maßnahmen auf sich nehmen.

Hierauf besprach der Reichskanzler kurz die Ernährungslage, für die die Aussicht nicht ungünstig läge, und die Lohnfrage, die so geordnet werden müsse, daß den Lohnempfängern auch in der Zeit des Sinkens der Mark das Auskommen ermöglicht bleibe. Die Währungsfrage lege der Regierung die Pflicht auf, dafür zu sorgen, daß nicht aus dem Sturz der Mark eine Erschütterung der sozialen Ordnung und eine Erschütterung des Staates folge. Dr. Cuno schloß mit der Aufforderung, der Regierung Vertrauen entgegenzubringen und ihre den Erfolg ihrer politischen Pflichten nach Kräften zu erleichtern. Abends fuhr der Reichskanzler nach Hamburg weiter.

Senator Johnson in Berlin

Berlin, 30. Juni. (Eig. Tel.) In Berlin ist der amerikanische Senator Hiram Warren Johnson eingetroffen, der mit seiner Gattin seit 4 Wochen in Europa weilte, um persönliche Eindrücke an Ort und Stelle zu sammeln und für seine politische Kampagne bei den amerikanischen Wahlen im Juni kommenden Jahres zu verwenden. Ohne viel Aufsehen zu machen hat Senator Johnson in seinem Auto die zerstörten und wiederaufgebauten französischen Provinzen bereist. In derselben unaufrichtigen Form hat sich Senator Johnson im Ruhrgebiet bewegt, um dort alle Schichten der Bevölkerung kennen zu lernen und sich aus eigener Anschauung ein Bild von der Ruhrbesetzung zu machen. Senator Johnson hat weder in Paris, noch in London eine publizistische Erklärung über seine Rolle abzugeben, will auch in Berlin seine Zurückhaltung als bisher Beobachter aufrecht erhalten, bis seine Studien abgeschlossen sind.

Bestätigte Reichstagsmandate

Berlin, 30. Juni. (Eig. Tel.) Das Wahlprüfungsgericht des Reichstages wies heute nach einem staatsrechtlich-juristischen Referat des Reichsgerichtsrats Dr. Buff den Einspruch des deutschösterreichischen Abgeordneten von Graese gegen die Doppelwahl des Abgeordneten Rahl (D. W.) in Berlin und München — als Nachfolger des Cölen von Braun — als unbegründet zurück und erklärte das Mandat des Abgeordneten Rahl für München für gültig. Auch das Mandat Dr. Bennedes, der an Stelle Dr. Rahls für den Berliner Wahlkreis in den Reichstag eingetreten ist, wurde bestätigt.

Angebliche Sektgelage der sächsischen Minister

Dresden, 30. Juni. (Eig. Tel.) Ein großer Presseprozeß fand vor dem Dresdener Schöffengericht seinen Abschluß. Die Anklage war erhoben worden von den sächsischen Ministern gegen den verantwortlichen Schriftleiter Hugo Meyer der Sächsischen Landeszeitung wegen öffentlicher Verleumdung. In der Sächsischen Landeszeitung waren eine Reihe sehr scharf kritischer Artikel gegen die sächsischen Minister erschienen, an deren Person und Amtstätigkeit scharf Stellungnahme geübt worden war. H. M. trat als Zeuge der Wirtschaftsminister Fellisch auf, dem beispielsweise die Verleumdung an einem Sektgelage vorgeworfen wurde, während das Volk darbe.

Vor dem Eintritt in die Verhandlung versuchte der Amtsgerichtsrat einen Vergleich zustande zu bringen. Wirtschaftsminister Fellisch betonte, er habe kein Interesse an einer Verkränkung. Ihm liege nur daran, festzustellen zu wissen, daß er kein Sektgelage veranstaltet habe. Auch der Angeklagte war zu einem Vergleich einverstanden, wenn gleichzeitig auch die Strafanträge der übrigen Minister damit ihre Gelöbnisse fänden. Da aber der Wirtschaftsminister Fellisch für seine Kollegen keine Erklärung abzugeben vermochte, wurde in die Verhandlung eingetreten, und die fraglichen Artikel wurden sämtlich verlesen. Der Angeklagte bestritt jede Absicht einer Verleumdung. In der Urteilsabgrenzung wurde ihm aber vorgeworfen, im Pressekampf hätte er nicht jeden Wort auf die Goldwaage gesetzt

werden, andererseits aber habe der Angeklagte den Boden der sachlichen Kritik verlassen und aus politischer Gesinnung allzu persönliche Angriffe unternommen. Das Urteil lautete gegen den Redakteur Hugo Meyer auf 100000 Mark Geldstrafe.

Der Ehrhardt-Prozess

Wie wir von maßgebender Seite erfahren, sind alle Blättermeldungen, die den 9. Juli mit Sicherheit als Termin für den Ehrhardt-Prozess angeben, unrichtig. Damit fällt auch die Mitteilung der L. R. N., die von einer gleichzeitigen Verhandlung am 9. Juli über die Mitangeklagten Prof. Dr. Karl Schöffler in Schafsbach in Oberbayern, Prinzessin Margarethe von Hohenzollern-Hechingen und Leutnant a. D. Franz Lindig, beide aus München, die Ehrhardt Hilfe geleistet haben sollen, zu berichten wußten. Es ist äußerst wahrscheinlich, daß der Prozess nicht am 9. Juli, sondern erst vierzehn Tage später stattfinden wird. Reinesfalls steht aber der genaue Termin heute schon fest.

Privatdozent Dr. Ruge

München, 30. Juni. (Eig. Tel.) Die sozialdemokratische Münchner Post richtete heute eine Anfrage an die Polizeidirektion, ob es wahr sei, daß der Privatdozent Dr. Ruge, der durch seine separatistischen Bestrebungen in Bayern schon vielfach von sich reden gemacht hat und im Fuchs-Rachhaus-Prozess als Zeuge unerschrocken vernommen wurde, unter dem Verdacht der Unterstützung zum Mord an dem Studenten Baur verhaftet worden ist. Baur war eine zeitlang Privatsekretär des Ruge und als solcher mit der Organisation der nationalsozialistischen Tschaka beschäftigt. Wie noch in allgemeiner Erinnerung sein dürfte, wurde Baur im März ermordet und später als Leiche in der Isar aufgefunden. Der Mörder, der Student Zwen-gauer, wurde vor einigen Tagen verhaftet.

Die Polizeidirektion hielt sich in dieser Angelegenheit noch in Schweigen und erklärte nur auf Anfrage der Münchner Post bisher nur, daß sie in den nächsten Tagen Näheres mitteilen werde.

Eine neue Markstützung

Berlin, 30. Juni. (Eig. Tel.) Das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hat sich bereit erklärt, die Industriellen aufzufordern, von neuem Dollarfahrganweisungen zu zeichnen. Damit entspricht die großindustrielle Organisation einem Appell, den der Reichskanzler an Industrie und Handel gerichtet hat. Es handelt sich dabei um eine neue Markstützungsaktion.

Der Zusammenbruch der letzten Markstützungsaktion hat bekanntlich damit begonnen, daß die auf 200 Millionen Goldmark berechnete Dollarfahrganleihe nur zur Hälfte gezeichnet wurde. Die Banken, die die Gesamtsumme von 100 Millionen garantiert hatten, haben erst nach dem letzten katastrophalen Marksturz die noch ausstehenden 20 Millionen Goldmark-Dollarfahrganweisungen abgekauft.

Der Appell des Reichskanzlers zielt auf eine neue Dollarfahrganleihe hin. Die Aktion darf man mit der Zulage des industriellen Präsidiums als eröffnet ansehen. Die Vertreter des Handels werden am Montag zu dem Ersuchen des Kanzlers Stellung nehmen.

Anmerkung der Redaktion: Auf Grund der Erfahrung, die mit der ersten Dollarfahrganleihe gemacht worden ist, kann man bis auf weiteres das neue Angebot nur mit dem Vorbehalt begrüßen, daß diesmal die Tat nicht hinter den Versprechungen zurückbleiben werde. Es braucht kaum gesagt zu werden, daß eine neue Entschädigung auf diesem Gebiete mit dem Fortbestand des Ministeriums Cuno unvereinbar wäre, und es ist daher anzunehmen, daß die Regierung sich diesmal ausreichende Gewähr dafür verschafft hat, daß die Großindustriellen ihr Wort einlösen werden.

Streik in der Berliner Metallindustrie?

Die Urabstimmung in den Betrieben der Groß-Berliner Metallindustrie über den gefällten Schiedsspruch, der einen Stundenlohn von 6500 Mark vorsieht, ist am Freitag beendet worden. 90 Prozent der Metallarbeiter haben sich gegen den Schiedsspruch und für den sofortigen Streik ausgesprochen, den auch die Funktionäre empfohlen haben. Wenn nicht in letzter Stunde noch ein Vergleich möglich ist, ist damit zu rechnen, daß der Streik am Montag proklamiert werden wird.

Kleine politische Nachrichten

Nach längerer Pause trat am Freitag der Reichswirtschaftsrat wieder zu einer Voll-sitzung zusammen. Der Vorsitzende Veipart gedachte bei Sitzungsbeginn des verstorbenen ersten Vorsitzenden Cölen von Braun. An dessen Stelle tritt von Siemens, der mit 212 bei 21 Stimmenthaltungen zum geschäftsführenden Vorsitzenden gewählt worden ist.

Der Verlog der Sächsischen Landeszeitung, die wegen ihrer politischen rechten gerichteten Haltung dreimal beschlagnahmt und zweimal verboten worden ist, ist nach München verlegt und mit dem dortigen Wochenblatt Friedericus vereinigt worden.

In der letzten Sitzung des mecklenburgischen Landtags wurde der Apotheker Hennecke aus Waren mit 31 Stimmen der Linken zum Finanzminister gewählt; außerdem wurden 26 unbeschriebene Stimmzettel abgegeben.

Frankreich wird auf der kommenden Sitzung des Völkerbundrates durch Genotouz vertreten sein. Genotouz wurde beauftragt, dem Völker-

bund vorzuschlagen, die Gehälter des Völkerbundsekretariats und des internationalen Arbeiterrates einer Revision zu unterziehen.

In Paris ist ein Camelschuh-Kol, der vor kurzem einen radikalen Rechtsanwalt mißhandelt hatte, von der Pariser Strafkammer zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Ramsen Macdonald, der bereits Vorsitzender der Unterhausfraktion der englischen Arbeiterpartei ist, wurde auf dem Londoner Parteitag der Arbeiterpartei auch zum Vorsitzenden der gesamten Partei gewählt.

Poincaré und der Papst

Die Aufgebote vom Senat genehmigt

Paris, 30. Juni. (Eig. Tel.) Der Senat hat gestern einstimmig die Reglementarvorlage über die Kredite für die Ruhraktionen genehmigt. Der radikale Senatspräsident als Berichterstatter, daß die im Ruhrgebiet erzielten Einnahmen der Reparationskasse zugewandt werden, während die Kosten der Aktion aus dem französischen Staatsbudget bestreiten werden müßten. Senatspräsident erklärte, daß die diplomatische Vertretung Frankreichs beim Vatikan einen Zweck habe. Die Mehrheit des Senats untersteht diese Feststellung mit einstimmigem Beifall. Poincaré erklärte, die Ruhraktion „für das Ausland, für die Welt, wie für die geistlichen Mächte“ rechtfertigen zu wollen. Er gab dann die bekannte französische Version der Vorgeschichte des Einmarsches in das Ruhrgebiet wieder und hob mit Nachdruck hervor, daß in Spa auch König George und Pitti der essentialen Befehle der Ruhrgebiete zugestimmt hätten. Die Ruhraktion sei eine Garantie gegen die gewollte Zahlungsunfähigkeit Deutschlands, ihr einziger Zweck sei die Ausübung eines wirksamen wirtschaftlichen Druckes. Der deutsche Widerstand sei nicht passiv, sondern aktiv, hinterlistig und verbrecherisch. (Beifall.) Im Ausland und besonders beim Vatikan, wo auch Zerwürfnisse vorkommen (Heiterkeit, Zustimmung), mache man sich nicht immer klar, daß dieser Widerstand auf die Großindustriellen und besonders auf die Reichsregierung zurückzuführen sei. Frankreich hätte auf die Durchführung Schlichter lieber verzichtet, aber schärfste Maßnahmen seien durch die Art des Widerstandes notwendig geworden. Poincaré trat dann der Behauptung entgegen, daß Frankreich die Ruhrbesetzung auszunutzen wolle. Alle Gerüchte von Meinungsverschiedenheiten zwischen Tirard und General Degoutte seien falsch. Zum Schluß sagte Poincaré: Deutschland rechne auf Wunder, würde aber getuschelt werden. Frankreich und Belgien blieben dabei, daß die deutschen Vorschläge erst nach Einstellung des Widerstandes geprüft werden (Beifall), und daß die Räumung des Ruhrgebietes nur nach Wagnahme der deutschen Zahlungen erfolge. (Langanhaltender Beifall.)

Hierauf sprachen noch die Vertreter der einzelnen Parteien, die ihre Zustimmung zu der Reglementarvorlage gaben und fast durchweg gegen die Verleumdung der gerechten Sache Frankreichs durch den Vatikan protestierten.

Das französische Budget angenommen

Paris, 30. Juni. (Eig. Tel.) Die Kammer hat heute früh gegen 2 Uhr nach einer neuen Nachsitzung den Reglementarvertrag auf Ausdehnung der Gültigkeit des Budgets von 1923 auf das nächste Jahr mit 420 gegen 168 Stimmen und gleich darauf das gesamte Budgetgesetz mit 457 gegen 68 Stimmen angenommen. Der radikale Abgeordnete Herriot bekämpfte die Reglementarvorlage in der Schlussdebatte, gab aber zu, daß ein Teil seiner Parteigenossen für die Vorlage stimmen werde. Poincaré trat persönlich für den Reglementarvertrag ein und betonte dabei ausdrücklich, daß die Regierung nicht an die Einführung des zweijährigen Budgets denke, sondern ausnahmsweise im Hinblick auf die vielen im Herbst zu erledigenden Vorlagen einer neuen endlosen Budgetdebatte vorzuziehen wolle. Der Reglementarvertrag wurde auch von dem früheren Kriegsminister André Lefevre bekämpft, dessen Grundgedanken in den Satz gipfelte: Sie wissen nicht, was der Frankennächste Jahr wert sein wird.

Sanktionen wegen einer Schmuggler-Schießerei

Cronenberg, 30. Juni. In der vergangenen Nacht zwischen 12 und 1 Uhr fand vor dem französischen Nachschieß eine Schießerei zwischen französischen Soldaten und wahrscheinlich deutschen Schmugglern statt. Der französische Kommandant gab dem Bürgermeister auf, nach den Deutschen zu schießen und sie bis zum 2. Juli nachhaft zu machen. Jeder Straßenvorfall zwischen 9 Uhr abends und 4 Uhr morgens wurde für Cronenberg verboten. Wenn die Nachforschungen ohne Ergebnis bleiben, sollen weitere Sanktionen verhängt werden.

Der Kreisdelegierte von Gerolstein hat Stadtvortrettern gegenüber geäußert, er werde die Stadt Gerolstein betreten, daß kein Mensch mehr dort leben mag. Er werde Gerolstein im wahren Sinne des Wortes der toten Stadt machen, wenn der Widerstand der Beamten nicht aufhöre. Gerolstein hat bereits die Hälfte seiner Einwohner durch Massenarrestationen verloren.

Lord George verteidigt den Versailles Vertrag

London, 30. Juni. (Eig. Tel.) Lord George wiederholt in seinem heutigen Vortrags in der Daily Chronicle noch einmal die Argumente seiner Rede in Oxford zugunsten des Vertrages von Versailles. Man dürfe den Vertrag nicht ausschließlich auf Grund der finanziellen Bestimmungen beurteilen, die weniger glücklich seien, sondern man müsse an die Befreiung der Dänen, Elsaß-Lothringens und der Polen denken und man müsse dem Vertrag zugute halten, daß er den Völkern und das internationale Arbeitsamt ins Leben gerufen habe. Es sei nicht zulässig, den Vertrag, ohne ihn im ganzen gesehen zu haben, nur auf Grund des Buches von Regnes über die Reparationsbestimmungen bereits in Deutschland und Vogen zu verurteilen.

Polen

Die neue Regierung und die öffentliche Meinung

Aus Warschau, Ende Juni, wird uns geschrieben:

Das Programm der Witos-Regierung und die parlamentarische Erörterung der Regierungserklärung fanden in den letzten Wochen im Vordergrund des öffentlichen Interesses. Die Rechtspreffe spricht von dem Beginn einer neuen Periode in Polen. Es sei ein Umschwung zur Befundung der inneren Verhältnisse eingetreten, indem man aus dem Zustande unsicherer und provisorischer Regierungen herausgelangt sei. Darin zeige sich der Sieg des demokratischen Gedankens, der die Bildung verantwortlicher Regierungen auf Grund fester Programme fordere. Die Regierungserklärungen wurden von den rechtsstehenden Zeitungen allerdings nur mit kühler Freundlichkeit aufgenommen. Ein Teil von ihnen besprach sie überhaupt nicht, andere hoben hervor, daß der Charakter der neuen Regierung auch eine Gewähr für die Durchführung des Programmes biete, jedoch dürfe die Öffentlichkeit keine Wunder von neuen Kabinetten verlangen, denn es müsse erst in langer Arbeit die Fehler der früheren Regierungen gemachen.

Die Presse der Linken hob den farblosen Charakter der Regierungserklärung hervor, die hinter nichtstehenden Redensarten das wahre Programm der Regierung zu verbergen suche. Die bürgerlichen Zeitungen, vor allem die Kurjer Voranng, suchten das Kabinett dadurch zu diskreditieren, daß sie behaupten, nur die Unterstützung der nationalen Minoritäten hätte dem Kabinett zum Siege verholfen. Die sozialistische Presse sieht in dem Witos-Kabinett eine reaktionäre, arbeitserfindliche Regierung, die man mit allen Kräften bekämpfen müsse.

In den Blättern aller Richtungen fragt man sich, ob die neue Mehrheit wohl ausreichend sei, um auf sie ein Kabinett stützen zu können. Die linksstehenden meinen, daß die inneren Gegensätze in der jehohen Parlamentsmehrheit sich im Laufe der Zeit verschärfen und ihren Zerfall herbeiführen würden. Was die Außenpolitik betrifft, so glaubt fast die gesamte Presse, daß in ihr keine Änderung eintreten werde. Nur vereinzelt wird es als ungünstig bezeichnet, daß der Außenminister Seyda seine Politik noch mehr als sein Vorgänger in enger Abhängigkeit von Frankreich durchführen werde.

Politik und Kunst

Ein Denkmalsentwurf von Janottlern getrümmert

Wien, 30. Juni. (Eig. Tel.) Der Entwurf des Denkmals für die Auslandshilfe, das von Professor Ernst Lichtblau ausgeführt und von der Jury mit dem ersten Preis bedacht worden war, ist gestern im Künstlerhaus, wo die 70 angemeldeten Modelle ausgestellt sind, getrümmert worden. Die Höhe des Bildhauerverbandes gegen den von Professor Peter Behrens, Hofrat Hellmer und anderen als Jury geäußerten Spruch hat um so mehr die Politik in diese Richtung hineingezogen, als Professor Lichtblau als Rival für einen Denkmalsentwurf „Die Schuld der Habsburger“ gewählt hatte. Das Blatt der Schwarzen, die Staatswehr, hatte in einem Aufsatz gegen „Reichsdeutsche Kulturschönung in Wien“ und insbesondere den Architekten Peter Behrens für die Prämierung des Bildhauerentwurfes verantwortlich gemacht.

Gestern kam wohl nicht zufällig eine Gesellschaft von empörten Besuchern zusammen, von denen ein Architekt namens Aufhäuser zuerst mit dem Ausruf: „Das gehört nicht hierher!“ den Beifall hervorrief. Aufhäuser verfechtete dem Parlament einen Tritt, so daß der Denkmalsentwurf gegen die Wand stieß. Dann rief ein Unbekannter dem Gips von Bronzeaufbau herunter und erschlug ihn auf dem Boden. Der Portiere des Künstlerhauses, der den Lärm hörte, hatte zwar sofort die Ausgangstüren gesperrt und Polizei herbeigerufen, aber der wahre Schuldige war zu sein, um sich zu melden. Es ist eine politische Strafhandlung eingeleitet.

Wieder auf dem toten Punkt

Die unsterbliche Orientkonferenz

Konstanz, 30. Juni. (Eig. Tel.) Die Orientkonferenz ist wieder auf dem toten Punkt angelangt. Aus einer Konferenz zwischen den Alliierten und den Türken ist seit einigen Tagen zu einer rein interalliierten Konferenz geworden, in der sich die französischen, die englischen und die italienischen Delegierten untereinander zu einigen suchten, während die Türken ungebildigt und unbehelligt beiseite sthen. Gestern trat sogar auch innerhalb der alliierten Delegationen Ruhe ein, da von neuem das Schwergewicht der Verhandlung von Lausanne nach den alliierten Hauptstädten verlegt worden ist. Die alliierten Bevollmächtigten erklärten gestern Jambot Pascha auf seine sehr dringliche Aufforderung nach einer schnellen Entscheidung, daß sie neue Instruktionen erwarten, und die Kabinette gegenwärtig hierüber berieten. Auf die Frage Jambot Paschas, wie lange dieser Zustand der Unfähigkeit noch dauern werde, konnte keine Antwort erteilt werden. Hierüber ist in den Kreisen der türkischen Abordnung eine große Verwirrung entstanden. Man rechnet indessen damit, daß in zwei bis drei Tagen die Konferenz wieder in ein flotteres Tempo geraten dürfte.

Vernehmung des Belgrader Attentäters

Belgrad, 30. Juni. (Eig. Tel.) Auf Grund der polizeilichen Untersuchungen über das Attentat gegen den Ministerpräsidenten Pašić ist anzunehmen, daß der Attentäter ganz auf eigene Faust und ohne Verbindung mit einer politischen Organisation gehandelt hat. Nach seinen Äußerungen hat sich der Attentäter bis kurz vor dem Anschlag auf den Ministerpräsidenten gar nicht mit einem derartigen Gedanken befaßt gehabt. Dieser sei ihm erst gekommen, als er am Vormittag in der Nähe des Finanzministeriums einen kleinen Spaziergang unternahm und ein Auto aus der Stupčičina herausfahren sah.